

# Geringe Solidarität mit Bieler Spital

Die Mehrheit der Seeländer Gemeinden zeigt sich wenig spendabel: Sie wollen kein Geld in die Stiftung des Bieler Spitalzentrums einzahlen.

RICARDO TARLI

Franz Studer hofft. Auf eine Million Franken. Der Präsident der aufgelösten Spitalkommission des Spitalzentrums Biel erwartet, dass die Gemeinden seinem Aufruf folgen und die erhoffte Million für die Spitalstiftung spenden werden. «Schliesslich haben sich die Gemeinden immer solidarisch mit dem Spital gezeigt, auch in Krisensituationen», sagt der heutige Ehrenpräsident.

Infolge der Übernahme des Spitals durch den Kanton wurde eine Stiftung gegründet. Damit sollen gewisse Leistungen finanziert werden, die der Kanton nicht unterstützt (das BT berichtete). Der Kanton bezahlt den Spitalgemeinden als Entschädigung für das Spital rund 28 Millionen Franken. Der Spitalverband rief die fünfzig Mitgliedergemeinden auf, fünf bis sechs Prozent der Pauschalabgeltung für die Äufnung des Stiftungsvermögens zu spenden.

## Studer: «Bin enttäuscht»

Doch das Echo auf den Spendenauftrag ist gering. Bislang haben von den 50 Gemeinden nur elf definitiv zugesagt, einen Betrag in die Stiftung einzuzahlen (siehe Infobox). Insgesamt sind 126 900 Franken zusammengekommen. Doch das Ziel wurde verfehlt: Studer rechnete anfänglich mit mit 1,5 Mio. Franken. «Das hat mich enttäuscht», sagt Franz Studer. Er habe aber Verständnis für die ablehnende Haltung der Gemeinden. «Das ist ein willkommener Zustupf für sie.»

Laut Studer plant die Stiftung mit dem Geld, einen Teil des Aktienkapitals des Radioonkologiezentrums in der Klinik Linde zu übernehmen. «So sichert sich das Spitalzentrum ein Mitspracherecht.» Das sei wichtig, weil das Spitalzentrum die meisten Patienten stelle. Das zweite grosse Ziel der Stiftung ist der Aufbau eines Palliativzentrums. In einem solchen Zentrum könnten Patienten mit einer fortgeschrittenen, unheilbaren Erkrankung betreut werden.

Es gibt mehrere Gründe, weshalb die Gemeinden nicht bereit sind, den Geldbeutel für das Spital zu öffnen. Oft werden dafür finanzielle Probleme angegeben, wie zum Beispiel in Orpund. «Wir würden gerne etwas zahlen, doch



Auf der Suche nach einer Million Franken: Das Echo auf den Spendenauftrag des Spitalzentrums Biel ist bescheiden.

Bild: Olivier Gresset

## Zahlungswillige Gemeinden

Diese Gemeinden haben einen freiwilligen Betrag zugesichert (in Franken):

• Arch:	10 000
• Diesse:	4450
• Erlach:	12 000
• Lamboing:	6000
• Neuenstadt:	45 000
• Meinisberg:	5000
• Orvin:	15 000
• Péry:	14 000
• Plagne:	3450
• Romont:	2000
• Twann:	10 000
<b>Total:</b>	<b>126 900</b>

Mit Vorbehalt zugesichert haben diese Gemeinden:

• Biel:	600 000
• Brugg:	65 000
• Leubringen:	47 140
• Lengnau:	60 000
• Nods:	5000
• Port:	45 000
• Prêles:	8800
• Vinelz:	6800
<b>Total:</b>	<b>837 740 Franken. (tar)</b>

aus finanziellen Gründen haben wir darauf verzichtet», sagt Gemeindepräsident Robert Schmid. «Die Sanierung des Schulhauses hat Priorität.» Ähnlich tönt es in Nidau. «Es geht um einen substanziellen Betrag. Jede Gemeinde kann dieses Geld brauchen», sagt Stadtpräsident Bernhard Stähli. Die Gemeinden sind auch

der Meinung, dass es nicht mehr die Aufgabe der Gemeinden sei, das Spital mitzufinanzieren. «Der Kanton hat das Spital übernommen. Deshalb braucht es kein zusätzliches Geld vom Steuerzahler», sagt etwa die Bellmunder Gemeinderätin Renata Aebi-Aebischer. Zudem sei Bellmund auf das Geld angewiesen. «Wenn der Kanton das Spital übernimmt, soll er es auch bezahlen», meint der Nidauer Gemeinderat Dominik Weibel. Die Stiftung sei nicht nötig: «Entweder braucht es medizinische Leistungen, oder es braucht sie nicht.» Und weiter: «Mit staatlichen Geldern dürfen nicht die privaten Spitäler konkurrenziert werden. Das ist aber meine persönliche Meinung als Arzt.»

## «Fuder überladen»

Zur ablehnenden Haltung der Gemeinden beigetragen hat der Vorschlag des Gemeindevereins seeland.biel/bienne, mit dem Geld des Kantons einen Spezialfonds einzurichten (siehe Zweittext). «Die zwei Forderungen kamen zeitgleich», sagt Josef Grimm, Gemeindepräsident von Lüscherz. «Das sorgte für Unmut und hat das Fuder überladen.»

Spendabler zeigt sich zum Beispiel Arch (vergleiche Infobox). Der Gemeinderat beschloss, das Spital mit 10 000 Franken zu unterstützen, «obwohl wir aus finanziellen Gründen nicht auf das Geld verzichten könnten», sagt Gemeindepräsidentin Rita He-

ding. «Wir zahlten dennoch, damit das Spital modern und technisch auf der Höhe bleibt.» Auch Twann zeigt sich mit dem Spital solidarisch. Twanns Gemeindepräsident Alfred Schweizer: «Das ist eine sinnvolle Sache.»

Acht Gemeinden, darunter Biel, sind nur unter bestimmten Voraussetzungen bereit, Geld zu spenden. Biel stellt einen Betrag von 600 000 Franken in Aussicht. Die Stadt will aber nur dann zahlen, wenn insgesamt eine Million Franken zusammenkommt. Für

das Erreichen des Quorums fehlen noch 35 000 Franken. Deshalb hat Studer einen neuen Anlauf genommen und die Gemeinden nochmals ermuntert, in die Stiftung einzuzahlen.

Sein Aufruf war nicht wirkungslos. Nidau Stadtpräsident Stähli hat das Geschäft nochmals auf die Traktandenliste der nächsten Gemeinderatssitzung gesetzt. Bellmund tat dies auch – mit für das Spital negativem Entscheid: Der Gemeinderat trat nicht auf den Antrag ein.

## Hoffen auf das Geld

ukb. Nicht nur das Bieler Spitalzentrum will Geld von den Gemeinden. Auch seeland.biel/bienne (s.b/b) will mit den Kantonsgeldern für die beiden Seeländer Spitäler ausserordentliche regionale Aufgaben finanzieren. Noch ist aber nicht klar, ob die Mitgliedsgemeinden dem Verein einen Teil der kantonalen Abgeltungen überlassen werden.

s.b/b-Präsidentin Beatrice Simon musste am Dienstag an der Mitgliederversammlung in Pieterlen feststellen, dass das gesteckte Ziel nur noch schwer zu erreichen ist. Der Verein hatte an der letzten Mitgliederversammlung bestimmt, dass zwei Drittel der Gemeinden und zwei Drittel der Bevölkerung dem Geschäft zustimmen müssen (das BT be-

richtete). Schwadernau und Bellmund haben sich zwar noch nicht zum Geschäft geäussert. Da aber die Bevölkerung von 18 Gemeinden bereits nein gesagt hat, kann die Zweidrittelmehrheit nicht mehr erreicht werden. Sie hätten aber Zeichen, dass Gemeinden das Thema noch einmal überdenken würden, sagte Simon.

Mit der Spezialfinanzierung soll sicher gestellt werden, dass Aktionen, wie zum Beispiel die Aktion zum Ligerztunnel auf dem Bundesplatz schnell umgesetzt werden können. Damals lagen zwischen Idee und Realisierung nur zwei Monate. Mit der heutigen Struktur von s.b/b wäre dies unmöglich. Konkrete Projekte gibt es derzeit aber noch keine.

## Büren

### Abfallgebühren neu geregelt

Die Abfallgebühren gaben an der Bürener Gemeindeversammlung viel zu diskutieren. Der Gemeinderat stellte den Antrag, das aktuelle Abfallreglement, das aus dem Jahr 1989 stammt, aufzuheben und an seiner Stelle ein Reglement mit Gebührentarif einzuführen. Den Tarif von heute setzte er in der Mitte des Minimal- und Maximalbetrags des Tarifs an. In den letzten Jahren haben sich in den Gemeindefinanzen 450 000 Franken aus den Abfallgebühren angesammelt, die der Gemeinderat mit dieser Massnahme langsam abbauen möchte.

Diese Absicht begrüsst die Bürenerinnen und Bürener zwar sehr, mit der Ausführung waren sie aber nicht in allen Punkten einverstanden. Aus dem Stimmvolk kam der Antrag, im neuen Tarif sei keine Minimaltaxe festzuhalten, um den nötigen Spielraum für dieses Ziel zu haben.

Ausserdem wurde der Antrag gestellt, der Maximalbetrag habe dem Preis von heute zu entsprechen und bei einer allfälligen Erhöhung müsse die Gemeindeversammlung darüber entscheiden. Ein weiterer Bürger stellte den Antrag, den Tarif für die Grünabfuhr um die Hälfte zu reduzieren.

Der Souverän stimmte allen drei Anträgen mit grossem Mehr zu und hiess dann das bereinigte, neue Abfallreglement ebenfalls mit 65 zu acht Stimmen gut.

## NACHRICHTEN

### Büren: Rote Zahl genehmigt

Die Bürener Stimmvolk hat das Budget 2008, das ein Defizit von 730 000 Franken aufweist, an der Gemeindeversammlung gutgeheissen. Der Steuerfuss bleibt unverändert auf 1,64 Einheiten bestehen. Der Antrag eines Bürgers, die Hundetaxe für grosse Hunde von 80 auf 150 Franken und für kleine Hunde von 30 auf 100 Franken zu erhöhen, wurde abgewiesen.

### Büren: Kredit für Sanierung bewilligt

Die Sanierung der Kanalisation im Lindenweg West in Büren ist dringend notwendig. Die Werkleitungen sind teilweise in einem sehr schlechten Zustand. Die Stimmberechtigten haben an der Gemeindeversammlung den Gesamtkredit von 830 000 Franken für diese Arbeiten stillschweigend genehmigt.

REKLAME

**ROLEX**

**FRANCONI**  
Joaillier-Bijoutier  
Montres  
Collège-gasse 12  
2502 Biel  
Tel. 032-322-7277